

Webels Woche

Ausgabe 8 - 20.01.2017

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

das Bundesverfassungsgericht hat am 17. Januar entschieden, die NPD nicht zu verbieten. Ich finde, die Länder hatten gute Gründe für ihren Verbotsantrag. Aber das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil auch ein starkes Zeichen des Vertrauens in die Stabilität unserer Demokratie gegeben. Im Kern haben die Richter festgestellt, dass die NPD eine rechtsradikale, verfassungsfeindliche Partei ist, die sich selbst in die Tradition des Nationalsozialismus stellt. Sie haben aber auch klar gemacht: Diese Nazis sind politisch impotent und nicht in der Lage, unsere Demokratie aus den Angeln zu heben. Jetzt muss geprüft werden, ob diese Verfassungsfeinde weiterhin Mittel aus der Parteienfinanzierung erhalten können. Ich setze mich für den Grundsatz ein: Kein Steuergeld für rechte Spinner.

Der Jahresbeginn ist auch die Zeit der politischen Klausurtagungen. Unsere Landtagsfraktion hat sich in ihrer Winterklausur sehr intensiv über die Aufgaben verständigt, die vor uns liegen. Ich begrüße es, dass die Abgeordneten für den Umgang mit radikalen politischen Kräften eine klare Position gefunden haben. Für uns als Union bleibt es bei dem, was wir immer gesagt haben: Wir grenzen uns klar ab, aber wir grenzen nicht aus. Unser Fraktionsvorsitzender Siegfried Borgwardt hat noch einmal ganz deutlich gemacht, dass wir die demokratische Auseinandersetzung mit allen Parteien suchen, die im Parlament vertreten sind. In eine Einheitsfront lassen wir uns nicht einreihen. Es gilt stattdessen, souverän und selbstbewusst über unsere Positionen und Konzepte zu sprechen. Daneben bleibt aber auch Gelassenheit in der Auseinandersetzung wichtig: Wenn auf jede Provokation mit einem Empörungswetlauf reagiert wird, unterstützt man nur den Opfer-Mythos der AfD.

Das haben auch die Ereignisse an der Magdeburger Universität gezeigt, wo vor einigen Tagen eine Veranstaltung abgebrochen und die Veranstalter unter Polizeischutz das Gelände verlassen mussten.

Als Union muss für uns der Grundsatz gelten: Demokraten verteidigen die Meinungsfreiheit gegen Radikale jedweder politischer Ausrichtung. Auch abwegige Ansichten dürfen in Deutschland geäußert werden. Unsere Demokratie und auch eine Universität halten das aus! Aber Gewalt darf niemals zum Mittel politischer Auseinandersetzung werden.

Auf der Winterklausur haben die CDU-Abgeordneten die politischen Linien für die nächsten zwei Haushaltsjahre noch einmal abgesteckt. In der Kenia-Koalition bleibt die Union der Garant dafür, dass Sachsen-Anhalt finanziell solide bleibt und trotzdem wichtige Zukunftsinvestitionen in mehr Personal, Infrastruktur und Kommunen stemmt. Der Haushaltsüberschuss des letzten Jahres erhöht unsere Spielräume, aber die Ausgabenwünsche müssen finanzierbar sein. Diese Finanzpolitik mit Augenmaß muss die Basis sein, auf der die Koalitionspartner in den kommenden Wochen die Haushaltsberatungen abschließen.

Das Leben besteht aber nicht nur aus Politik. Deshalb abschließend noch eine kurze Bemerkung zu einem Ereignis, das leider nicht die öffentliche Wahrnehmung erfährt, die es verdient hätte. Die derzeit in Frankreich laufende Handball-WM der Männer wird nicht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen übertragen. Alle Handball-Fans fragen sich verärgert, warum Deutschlands Mannschaft des Jahres 2016 nur im Internet oder im Bezahlfernsehen zu sehen ist. Hier muss dringend eine Lösung gefunden werden, die Fans und Sportlern gerecht wird. Unsere Handballer hätten es verdient, dass Millionen vor dem Fernseher mitfiebern können, wenn die deutschen Männer sich – hoffentlich – zum Weltmeistertitel werfen!

Ihr


Thomas Webel
Landesvorsitzender